



Sören Becker
Matthias Naumann

Energiekonflikte nutzen

Wie die Energiewende
vor Ort gelingen kann



Lösung von lokalen energiepolitischen Konflikten
und Verwirklichung von Gemeinwohlzielen durch
neue Organisationsformen im Energiebereich

Zum Hintergrund der Broschüre

Diese Broschüre basiert auf Forschungsergebnissen aus einem anwendungsorientierten Projekt über Energiekonflikte in Deutschland. Das Forschungsprojekt EnerLOG – „Lösung von lokalen energiepolitischen Konflikten und Verwirklichung von Gemeinwohlzielen durch neue Organisationsformen im Energiebereich“ – untersuchte von August 2013 bis November 2016 Debatten um die Neuausrichtung der Energieversorgung auf der lokalen Ebene. Das Projekt wurde im Rahmen der Fördermaßnahme „Umwelt- und gesellschaftsverträgliche Transformation des Energiesystems“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert.

Im Projekt wurden lokale energiepolitische Konflikte, die Entstehung neuer Organisationsformen im Energiesektor und Diskussionen um das Gemeinwohl eingehend untersucht. Diese Broschüre bereitet die wichtigsten Erkenntnisse aus sechs bundesweiten Fallstudien und der wissenschaftlichen Begleitung von zwei Brandenburger Kommunen für Interessierte aus der kommunalen Energiepolitik auf.

Diese Broschüre richtet sich an alle Akteure, die sich für die Gestaltung der Energiewende vor Ort interessieren und damit auch mit Konflikten umgehen müssen. Bürger sind ebenso gemeint wie kommunale Mandatsträger, Mitarbeiter der Verwaltung, aus Unternehmen und Verbänden. Diese Broschüre möchte Anregungen bieten für eine Situation, in der sich unterschiedliche Interessen scheinbar unversöhnlich gegenüberstehen.

Für mehr Informationen über das Projekt:
www.zab-energie.de/de/Projekt-EnerLOG

Hinweis:

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf eine gleichzeitige Verwendung weiblicher und männlicher Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten für beiderlei Geschlecht.



Inhalt

5 Einleitung

6 Energiekonflikte verstehen

8 Energiekonflikte erkennen

10 Energiekonflikte einordnen

12 Energiekonflikte durchschauen

18 Energiekonflikte gestalten

20 Energiekonflikte diskutieren

26 Energiekonflikte einfangen

32 Energiekonflikte verändern (sich)

38 Ausblick

Einleitung

Die Energiewende erfährt nach wie vor eine große Zustimmung. Immer wieder jedoch gibt es Konflikte um konkrete Projekte, zum Beispiel bei der Errichtung von Anlagen oder dem Netzausbau. Mangelnde Transparenz und Beteiligung sind dann häufig Argumente der Kritiker. Mitunter verhärten sich die Fronten zwischen den Parteien und Kommunikation findet kaum noch statt. Diese Broschüre bietet praktische Hilfestellung für scheinbar festgefahrene Konfliktsituationen in lokalen Energiewenden.

Darin werden folgende Fragen adressiert:

- Was tun, wenn sich unterschiedliche Interessen und Akteure vor Ort unversöhnlich gegenüberstehen?
- Wie können Konflikte nicht nur als Lähmung erfahren, sondern nutzbringend gewendet werden?
- Welche Kommunikationsstrategien und Beispiele von Organisationsformen haben sich im Umgang mit Energiekonflikten bewährt?

Die Broschüre bietet den Engagierten in Energiewenden vor Ort Anregungen und Orientierung für den Umgang mit diesen Fragen und Energiekonflikten allgemein. Auf der Grundlage von Konflikten um Energiegenossenschaften, Stadtwerke und Bioenergieidörfer werden Kriterien benannt, die helfen, Energiekonflikte zu verstehen. Anschließend werden Möglichkeiten aufgezeigt, wie Konflikte zwar nicht vollständig gelöst, aber dennoch produktiv gewendet werden können.

Die Publikation besteht aus zwei Teilen:

- Der Teil „Energiekonflikte verstehen“ erläutert, wie Energiekonflikte erkannt, eingeordnet und systematisiert werden können.
- Im Teil „Energiekonflikte gestalten“ geht es darum, wie in Konflikten kommuniziert werden kann, wie diese gewendet werden können und welche Veränderungen in und durch Konflikte auftreten.

Die wichtigste Botschaft ist, Konflikte nicht als Hindernis, sondern als eine Chance für die Neuausrichtung der Energieversorgung vor Ort zu verstehen. In diesem Sinne lautet auch der Titel „Energiekonflikte nutzen“.

Energiekonflikte verstehen

Die Umsetzung der Energiewende trifft auf der lokalen Ebene auf zahlreiche Widerstände. Proteste gegen Windkraft-, Solar- und Biomasseanlagen und den Netzausbau, aber auch Konflikte um öffentliches oder privates Eigentum an Netzen und Versorgungsunternehmen sind ein aktuelles Thema in vielen Kommunen der Bundesrepublik. Diese lokalen Energiekonflikte zu verstehen, ist Anliegen des folgenden Kapitels. Darin wird beschrieben, welche Typen und Gegenstände von Konflikten es gibt („Energiekonflikte erkennen“), wie sich diese zu allgemeinen Trends und Entwicklungen verhalten („Energiekonflikte einordnen“) und tiefergehend analysiert werden können („Energiekonflikte durchschauen“).





Energiekonflikte erkennen

Was sind Energiekonflikte?

Lokale Energiekonflikte sind Auseinandersetzungen um politische Fragen und Perspektiven des Energiesystems vor Ort. In diesen Konflikten stehen sich verschiedene widerstreitende Positionen zu einem Thema gegenüber.

Konflikte um Energiefragen betreffen zumeist einzelne Elemente des Energiesystems, wie etwa Kraftwerke, Wiederaufbereitungsanlagen, Endlager oder Tagebaue. Die Geschichte der bundesdeutschen Umweltbewegung ist eng verbunden mit diesen Auseinandersetzungen, die auch nach wie vor weiter bestehen. Allerdings wird auch die Energiewende als ökologisches Projekt Gegenstand von Konflikten. Das betrifft sowohl die Planung, Errichtung oder Erweiterung von Anlagen erneuerbarer Energien als auch die damit verbundene notwendige Anpassung von Netzinfrastrukturen. Diese Konflikte betreffen dabei nicht nur die Frage, ob eine Anlage errichtet werden soll oder nicht. Darüber hinaus geht es um Fragen der Entscheidungsfindung sowie um die Verteilung der Erträge und der durch die Anlagen entstehenden Lasten.



Typen von Konflikten um erneuerbare Energien



Verteilungskonflikte
betreffen die Beteiligung an den finanziellen Erträgen bei der Errichtung von Anlagen sowie um die Nutzung des erzeugten Stroms bzw. der erzeugten Wärme.



Verfahrenskonflikte
umfassen Planungs- und Entscheidungsverfahren, den Zugang zu Informationen und Beteiligungsmöglichkeiten, die Transparenz von Entscheidungen sowie auch den Zeitpunkt von Entscheidungen.

Wie unterscheiden sich Energiekonflikte?

Lokale Energiekonflikte können also unterschiedliche Ursachen und Auslöser haben. Häufig werden sie jedoch durch eine konkrete Planung für ein Projekt, beispielsweise einen Windpark oder eine neue Stromleitung, ausgelöst. Doch nicht nur im ländlichen Raum, auch in Städten lassen sich Energiekonflikte feststellen. So entstehen Konflikte um Rekommunalisierungen zumeist bevor ein Konzessionsvertrag ausläuft und die Entscheidung ansteht, ob die Kommune selbst als Bieterin aktiv werden möchte. Trotz dieser verschiedenen Anlässe zeigen sich häufig wiederkehrende Themen, um die es in Energiekonflikten geht. Hierzu entwickelte das Projekt „EnerLOG“ eine Typologie für lokale energiepolitische Konflikte (siehe Kasten unten auf der Seite).

Diese Typen treten häufig in Kombination und miteinander verschränkt auf. Das heißt, ein Konflikt kann sowohl Verteilungs- als auch Verfahrensfragen betreffen und ebenso das übergreifende Leitbild einer Region oder Gemeinde berühren. Je komplexer der Konflikt dabei erscheint, desto wichtiger ist es, die verschiedenen berührten Themenfelder zu erkennen und transparent zu machen.

In den dargestellten Typen handelt es sich um Konflikte, in denen Energie direkt zum Gegenstand wird. Mitunter werden in Energiekonflikten aber auch Dinge verhandelt, die keinen unmittelbaren energiepolitischen Bezug haben. Um diese geht es im nächsten Abschnitt.



„Not In My Back Yard“ (NIMBY) oder mehr?

Für den offenkundigen Widerspruch zwischen allgemeiner Zustimmung zur Energiewende und den heftigen Protesten gegen deren lokale Umsetzung gibt es drei Erklärungsansätze:

- ① Der NIMBY-Ansatz („Not In My Back Yard“ bzw. „St. Florians-Prinzip“) geht davon aus, dass Anwohner die Nutzung erneuerbarer Energieträger nicht grundsätzlich ablehnen, aber die damit verbundenen lokalen Auswirkungen vor der eigenen Haustür nicht akzeptieren.
- ② Demgegenüber gehen andere davon aus, dass es in den lokalen Konflikten um Fragen einer gerechten Verteilung der Erträge aus Energieanlagen und eine Beteiligung am Planungsprozess geht. Wenn es für diese Fragen eine Lösung gibt, dann ist auch die Akzeptanz für die umstrittenen Anlagen höher.
- ③ Daran schließt ein Ansatz an, der lokale Energiekonflikte im Kontext von regionalen Benachteiligungen versteht. Der neu geplante Windpark oder Stromtrassenabschnitt ist dann nur der Anlass, an dem sich allgemeine Unzufriedenheit mit der Situation in der Region artikuliert.



Standort- bzw. Landnutzungskonflikte behandeln die Nutzungen von Flächen und Land für die Energieversorgung sowie deren Konsequenzen für Landschaftsbilder, Geruchs- und Lärmbelästigungen.



Identitätskonflikte verhandeln das übergreifende Leitbild der Entwicklung von Gemeinden und Regionen, z.B. ob sich eine Region als „Energie-“, „Gesundheits-“ oder „Tourismusregion“ versteht.



Energieträgerkonflikte bzw. technologische Konflikte haben die prinzipielle Frage der Nutzung von bzw. des Verzichts auf bestimmte Energieträger bzw. Technologien der Energieversorgung zum Thema.



Energiekonflikte einordnen

Hinter „offenen“ energiepolitischen Konflikten können sich latente, bereits länger andauernde Konflikte ohne Bezug zu Energiethemen verbergen. Fragen der Energieversorgung sind dann nur ein „Ventil“, um andere Probleme zum Ausdruck zu bringen. Andererseits können Energiefragen ebenso zu Unzufriedenheit führen, die sich dann an anderen Gegenständen entlädt. Diese versteckten Konfliktgegenstände offen zu legen, ist für die Bearbeitung jedes Konflikts zentral. Die offenen und verborgenen Aspekte von Energiekonflikten haben häufig eine Vorgeschichte.

Lokale Rahmenbedingungen

Energiekonflikte fangen selten bei „Null“ an: sie haben eine Geschichte und sind nicht zu trennen von der wirtschaftlichen, demographischen und sozialen Entwicklung einer Region. Die Voraussetzungen für die Entwicklung eines Konflikts wie auch zu dessen Beilegung sind dabei sehr unterschiedlich. Die angespannte Lage kommunaler Finanzen, die Eigenkapitalschwäche privater Haushalte, der demographische Wandel und regionale Disparitäten, aber auch Privatisierungen und Rekommunalisierungen in anderen Sektoren prägen energiepolitische Konflikte. Umgekehrt können Projekte, die in der Vergangenheit erfolgreich vor Ort durchgeführt wurden und Vertrauen zwischen den verschiedenen Akteuren gebildet haben, eine Grundlage für eine gute Zusammenarbeit auch im Energiebereich bilden.

Die Dorfgemeinschaft als Grundlage für Energieprojekte

„Und ganz wichtig für Honigsee ist, dass wir uns selbst organisieren. Das heißt, es gibt ein Gemeinwesen, einen Gemeinderat, der vor Ort dann tätig ist und der sich zusammengeschlossen hat mit Nachbargemeinden zu einem Amt. Dadurch setzen wir viele Dinge, die gesetzlich an uns herangetragen werden, in einer etwas anderen Qualität um.“

Bürgermeister Rainer Hingst, Honigsee (Schleswig-Holstein)



Übergeordnete Rahmenbedingungen

Lokale Energiekonflikte haben nicht nur Auswirkungen auf andere gesellschaftliche Bereiche, sie sind auch mit anderen räumlichen Ebenen von Wirtschaft, Politik und Verwaltung verbunden. Die Energieversorgung vor Ort wird beispielsweise durch Vorgaben von Landkreisen, Planungsregionen, Bundesländern und dem Bund maßgeblich geprägt. Diese übergeordneten Entscheidungen können häufig nur bedingt durch die Akteure eines lokalen Konflikts beeinflusst werden.

Ein Beispiel dafür sind die Veränderungen rechtlicher Rahmenbedingungen auf Bundesebene, wie etwa die Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG), in dem die Einspeisevergütungen verändert werden oder die Einführung des Kleinanlegerschutzgesetzes und das Kapitalanlagegesetzbuch (KAGB), das neue Anforderungen für Energiegenossenschaften formuliert. Doch

auch die strategische Neuausrichtung der „Big Four“, die Unternehmen EnBW, E.ON, RWE und Vattenfall, im Energiemarkt und der wachsende Wettbewerb im Ökostromvertrieb sind Beispiele für überregionale Entwicklungen, die einen entscheidenden Einfluss auf lokale Energiekonflikte haben. Lokale Energiekonflikte sind damit auch Ausdruck allgemeiner Veränderungen im Energiesystem und der betreffenden gesetzlichen Regelungen. Ändern sich diese, hat dies auch einen Einfluss auf den zeitlichen Verlauf von Konflikten.

Wenn es gelingt, Energiekonflikte und deren Gegenstände zu erkennen, sie in ihren jeweiligen räumlichen und zeitlichen Entstehungskontext einzuordnen, dann können in einem nächsten Schritt die beteiligten Akteure, die Austragungsorte der Konflikte und die darin behandelten Argumente betrachtet werden.



Energiekonflikte durchschauen

Wer agiert in Konflikten? Akteure in Energiekonflikten

Ein Konflikt wird erst dann sichtbar, wenn verschiedene Akteure ihre jeweiligen Positionen zu einem Konfliktgegenstand so vertreten, dass zwischen ihnen Unterschiede oder Widersprüche auftreten. Akteure können sowohl Menschen als auch juristische Personen oder staatliche Institutionen sein. Sie unterscheiden sich voneinander nicht nur hinsichtlich ihrer Position, sondern auch hinsichtlich ihrer Ausstattung mit Ressourcen, wie Geld, Zeit, Kontakten, Expertise und formellen Entscheidungsbefugnissen, aber auch „weichen“ Faktoren wie Vertrauen. Die gesamte Übersicht der an einem lokalen Energiekonflikt beteiligten Akteure bezeichnet die Akteurskonstellation. Die einzelnen Akteure können auf unterschiedlichen Ebenen aktiv sein, sie können individuell auftreten, aber auch Konfliktparteien bilden.



In den lokalen Energiekonflikten können folgende Akteurskonstellationen festgestellt werden:



Den Anwohnern und Grundstückeigentümern, die durch die Erträge aus Anlagen begünstigt werden, stehen die Anwohner gegenüber, die keine Begünstigungen erhalten.



Lokale Anwohner und deren Interessen können den Vorhaben überregionaler Investoren gegenüberstehen.



Soziale Bewegungen können den Konflikt mit kommunalen Verwaltungen bzw. überregionalen Energiekonzernen bewusst suchen, um für eine ökologischere oder gerechtere Energieversorgung einzutreten.



Konfliktlinien können zwischen den Vorstellungen „alteingesessener“ und „neu zugezogener“ Einwohner darüber verlaufen, wie sich der Ort und die Landschaft weiter entwickeln sollen.



Die Entwicklung neu gegründeter Unternehmen kann auf Widerstände bereits bestehender Versorger und Netzbetreiber stoßen.



Vorhaben von Bürgern oder Kommunen können Vorgaben höherer politischer Instanzen der Kommunalaufsicht widersprechen.



Die Interessen von Mietern können, etwa bei energetischen Sanierungen, im Gegensatz zu denen von Hauseigentümern stehen.

Oben stehende Übersicht legt nahe, dass es sich jeweils nur um zwei Konfliktparteien handelt. In der Praxis sind Akteurskonstellationen jedoch häufig komplexer. Zusätzlich zu denjenigen, die ihre Position offen und klar formulieren, kommt häufig eine größere, teils indifferente Gruppe, die zu überzeugen das Interesse der Konfliktparteien ist. In einer Veranstaltung mit Vertretern aus der Praxis der Energiepolitik wurden für das Beispiel der Auseinandersetzungen um Windkraftanlagen die drei Typen „Enthusiasten“, „Schweigende Mehrheit“ und „Grundsatzkritiker“ entwickelt, die das Spektrum der an Kon-

flikten beteiligten Akteure veranschaulicht. Zu beachten ist, dass nicht alle Bedenkenräger automatisch Grundsatzkritiker sind, häufig hängt es von der Gestaltung der Kommunikation und der Beteiligungsprozesse ab, wo sich einzelne Akteure im Verlauf eines Konflikts einordnen. Diese Skizze berücksichtigt daher nicht die möglichen Rollenwechsel von Akteuren, sie kann jedoch helfen, eine schnelle Übersicht über die beteiligten Konfliktparteien zu erlangen.



Akteure in Energiekonflikten mit idealtypischen Eigenschaften



Enthusiasten

Sie sind die „positiv verrückten“ Treiber und die Motoren hinter den Projekten. Sie haben eine Vision und verfolgen diese mit großem Engagement.



Schweigende Mehrheit

Sie sind teilweise interessiert, doch ihre Position ist noch nicht gefestigt. Der Wunsch nach Beteiligung kann aber auch ohne direktes Engagement bestehen.



Grundsatzkritiker

Sie sind die „Unverbesserlichen“, die fundamentalen Gegner der Projekte. Sie lehnen konkrete Projekte, teilweise auch die Energie-wende insgesamt, ab.



Untersuchte Fälle im Projekt EnerLOG

HAMBURG



Die Freie und Hansestadt Hamburg gilt als Vorreiter der Energie- und Klimapolitik. Im Jahr 2009 wurde das Unternehmen Hamburg Energie als erneuerbarer Stromanbieter gegründet, im Jahr 2013 setzte die Kampagne „Unser Hamburg – Unser Netz“ in einem Volksentscheid die Rekommunalisierung der Strom-, Gas- und Fernwärmenetze durch. Beide Ereignisse zeigen unterschiedliche Wege, auf denen eine Rekommunalisierung von Infrastruktur erreicht werden kann: durch die lokale Regierung und durch Druck von sozialen Bewegungen. Beide erhöhten jedoch die direkte Beteiligung der Stadt an der Energieversorgung. In Hamburg zeigten sich damit Konflikte zwischen neuen und bereits etablierten Marktakteuren, aber auch Konflikte zwischen sozialen Bewegungen und der städtischen Verwaltung.

HONIGSEE



Das Dorf Honigsee bei Kiel hat ungefähr 430 Einwohner. Im Jahr 2006 entwickelte sich im Zusammenhang mit dem Plan eines Bauern, eine Biomasseanlage zu errichten, die Idee, ein Nahwärmenetz aufzubauen. Heute sind 80 bis 85 Prozent der Haushalte an das Nahwärmenetz angeschlossen. Honigsee ist eines der ersten Bioenergiedörfer Deutschlands, damit wurden hier wichtige Erfahrungen gemacht, wie sich (fast) die gesamte Dorfgemeinschaft integrieren lässt und warum eine Genossenschaft hier die ideale Organisationsform ist.

THÜRINGEN



Die Thüringer Energie AG (TEAG; vormals E.on Thüringen Energie, ETE) ist ein Regionalversorger, der in insgesamt 840 Thüringer Gemeinden die Strom- und Gasnetze betreibt.



Wo werden Konflikte ausgetragen? Konfliktarenen

Nicht nur die Zusammenstellung der Akteure hat einen wichtigen Einfluss auf den Verlauf eines Energiekonflikts, sondern ebenso wo und wie im Konflikt gestritten wird. Konflikte können zu unterschiedlichen Anlässen und in unterschiedlichen Foren ausgetragen werden. Die Orte, in denen Konflikte ausgehandelt werden, werden im Folgenden als „Konfliktarenen“ bezeichnet. Arenen für Konflikte können die Diskussion im Stadt- oder Gemeinderat, eine rechtliche Auseinandersetzung, öffentliche Bürgerversammlungen und Demonstrationen, die Leserbriefseiten der Lokalzeitung, aber auch Internetforen und soziale Netzwerke sein.

Die Wahl der Konfliktarena entscheidet, wer in einem Konflikt mitreden kann, aber auch nach welchen informellen und formellen Regeln kommuniziert wird. So haben im Stadt- oder Gemeinderat nur einzelne Abgeordnete ein Stimmrecht, der Ablauf der Abstimmung ist weitgehend formalisiert. Andere Arenen, wie zum Beispiel soziale Netzwerke, zeichnen sich durch eine größere Offenheit aber gleichzeitig eine geringere Verbindlichkeit aus.

Akteure suchen passend zu ihren Interessen und Machtressourcen häufig eine Arena, die ihnen geeignet erscheint. Wer über die legitimen Arenen entscheidet, in denen ein Konflikt ausgetragen wird, hat damit einen großen Einfluss auf den weiteren Verlauf.



Worum geht es in Konflikten? Interessen und Argumente

Die Argumentationslinien in Konflikten lassen sich grob in zwei Richtungen unterteilen: zum einen in die von Partikular- oder Einzelinteressen, die mit den individuellen oder für eine bestimmte Gruppe relevanten Nutzen und Schäden argumentieren. Zum anderen mit Argumentationen, die sich auf das Gemeinwohl beziehen und damit auf einen langfristigen Nutzen für eine Gemeinschaft. Gemeinwohlziele sind damit ein hilfreicher Begriff, um die Aushandlung öffentlicher Ziele und Interessen zu erfassen.

In lokalen Energiekonflikten beziehen sich die verschiedenen Parteien häufig auf Ziele, die über das „magische Dreieck“ der Energiepolitik (nämlich eine sichere, preiswerte und umweltfreundliche Energieversorgung) hinausgehen. Das veranschaulichen folgende Beispiele:

- Die Energiewende wird von Umweltinitiativen und Klimaschutzern als wichtiger lokaler Beitrag gegen den globalen Klimawandel verstanden.
- Geschäftsführer von Stadtwerken betonen deren Bedeutung für die lokale und regionale Wertschöpfung, sei es über Arbeitsplätze oder die Förderung von Kultur- und Sportveranstaltungen.
- Bürgermeister von Bioenergiedörfern unterstreichen, dass durch die gemeinsamen Aktivitäten im Energiebereich die Dorfgemeinschaft noch besser zusammengewachsen ist.

Sein Versorgungsgebiet umfasst diejenigen Kommunen in Thüringen, die nicht über eigene Stadtwerke verfügen. Im Jahr 2012 ermöglichte die Verkaufsabsicht des privaten Mehrheitseigners E.on eine vollständige Rekommunalisierung des Unternehmens. Seitdem ist das Unternehmen ein wichtiger Player in der öffentlichen Daseinsvorsorge im ländlichen Raum, das die Modernisierung der Infrastruktur in der Region vorantreibt und sich gegen bestehende Unternehmen durchsetzen konnte.

INGERSHEIM



In der Kleinstadt Ingersheim bei Stuttgart bildete sich bereits im Jahr 2000 eine Initiative für die Genehmigung und Errichtung einer Windkraftanlage im Ort. Aus dieser Initiative gründete sich dann die „Energiegenossenschaft Ingersheim und Umgebung“. In deren Verantwortung wurde, bei anfangs heftigen Protesten, im Herbst 2011 ein erstes Windrad errichtet, das dann im April 2012 in Betrieb genommen wurde. Die Energiegenossenschaft ist ein Beispiel für „Bürgerenergie“, aber auch für die Überwindung von Konflikten durch Akteure „aus der Mitte der Gesellschaft“.

BOLLEWICK



Das Beispiel Bollewick, ein Ort mit 650 Einwohnern im Landkreis Mecklenburgische Seenplatte, zeigt zweierlei: zum einen die erfolgreiche Umsetzung der Idee des Bioenergiedorfes, zum anderen aber auch die strukturellen Probleme, denen Ansätze für Bioenergiedörfer in Nordostdeutschland gegenüberstehen. Bollewick ist damit ein Beispiel für Konflikte zwischen lokalen bzw. kommunalen Initiativen einerseits und regionalen bzw. landesweiten Entscheidungsträgern andererseits. Dabei hat sich aus dem lokalen Projekt ein landesweites Coaching für Bioenergiedörfer entwickelt.

WÜRMTAL



Die drei südwestlich von München gelegenen Gemeinden Gauting, Planegg und Krailing gründeten das Regionalwerk Würmtal als Weg

„zur Sicherung der kommunalen Energieversorgung“. Das Regionalwerk und seine Entstehungsgeschichte illustrieren die Möglichkeiten und Grenzen interkommunaler Kooperationen in der Neuausrichtung der Energieversorgung.

Es wird aber auch die Herausforderung für neu gegründete kommunale Unternehmen deutlich, sich sowohl gegen private als auch gegen bereits bestehende kommunale Energieversorger zu behaupten.

SCHIPKAU



Die Gemeinde Schipkau (Landkreis Oberspreewald-Lausitz) war eine der beiden Partnerkommunen im Projekt „EnerLOG“. In der Gemeinde unweit der Lausitzer Braunkohletagebaue ist ein Windpark ansässig, seit 2015 gibt es ein „Kommunales Energiekonzept“ und für die Zukunft sind umfangreiche Bemühungen für ein kommunales Energiemanagement geplant.

HOHEN NEUENDORF



Die Stadt Hohen Neuendorf (Landkreis Oberhavel) ist ebenfalls ein kommunaler Partner im Projekt „EnerLOG“. In Hohen Neuendorf wurden die Strom- und Gasnetze rekommunalisiert und ein Netzwerk „Energieeffizienz“ gegründet. Hohen Neuendorf zeigt vor allem, wie durch beharrliche Arbeit neue Strukturen geschaffen und durchgesetzt werden können.

- Dagegen argumentieren Bürgerinitiativen gegen Windkraftanlagen häufig mit den negativen Auswirkungen dieser Technologie – sowohl für die Umwelt, insbesondere geschützte Tierarten, als auch die Gesundheit des Menschen.
- Bei Rekommunalisierungen stehen sich Befürworter, welche einen größeren Einfluss der Kommune auf die Energieversorgung hervorheben, und deren Gegner, die auf Risiken für kommunale Haushalte verweisen, gegenüber.

Solche Ziele, die Fragen der Energieversorgung mit anderen gesellschaftlichen Zielen verknüpfen, werden als Gemeinwohlziele verstanden. Häufig argumentieren Akteure aber auch mit Gemeinwohlzielen, um ihre eigenen – häufig individuellen – Interessen zu untermauern. Zwischen dem rhetorischen Bezug auf Gemeinwohlziele und möglicherweise dahinter stehenden Einzelinteressen muss daher genau unterschieden werden. Daneben können Konflikte auch bei verschiedenen Ansichten darüber bestehen, wie diese Ziele umgesetzt werden können. Was am Ende dieser Aushandlungsprozesse als Gemeinwohl verstanden wird, ist dabei nichts Gegebenes, sondern das Produkt genau dieser Diskussionen. Die Diskussion von Gemeinwohlzielen ist damit in der Regel ein fester Bestandteil von Energiekonflikten. Gleichzeitig können Gemeinwohlziele auch ein Schlüssel zu deren Lösung sein.

Energiekonflikte können auch Auswirkungen auf weitere politische Handlungsfelder haben. Dies ist der Fall, wenn bspw. Auseinandersetzungen um Windkraftanlagen die Bewohnerschaft von Dörfern zu spalten drohen. Konflikte können aber auch eine positive oder identitätsstiftende Funktion haben. Die Aushandlung und Überwindung von Konflikten kann Veränderungen vorantreiben und dazu beitragen, neue, eigene Wege in der Energieversorgung einzuschlagen. Wie es gelingen kann, Energiekonflikte zu gestalten, erläutert der folgende Teil.

Die persönliche Seite von Energiekonflikten – Emotionen und Verletzungen

Die Beteiligten in Energiekonflikten sind nicht nur Vertreter energiepolitischer Positionen. Häufig ist die persönliche Betroffenheit oder Empörung der Ausgangspunkt für das Engagement. Das kann auch mit Gefühlen von Wut oder Ohnmacht einhergehen. Wie mit diesen Emotionen umgegangen wird, hat entscheidenden Einfluss auf die Eskalation oder Entschärfung des Konfliktes. Es gibt Situationen, in denen eine sachliche Lösung sehr nahe liegt, aber sich die Parteien nicht annähern können, weil unausgesprochene persönliche Gründe, beispielsweise die Angst, das Gesicht zu verlieren, eine



Übereinkunft verhindern. Lügen oder das Verschweigen der eigenen Ziele können eine Zusammenarbeit dabei zusätzlich erschweren. Der richtige und respektvolle Umgang miteinander ist auch im Hinblick auf die mögliche Zeit nach einem Konflikt wichtig: Wurde zu scharf und unsachlich geschossen, können bleibende Verletzungen den Ausgangspunkt für einen neuen Konflikt bedeuten. Die „persönliche Dimension“ ist daher in Energiekonflikten nicht außer Acht zu lassen.



Rückblende

EnerLOG-Transferkonferenz „Energiekonflikte nutzen“

April 2015, Potsdam

Die Frage, wie sich lokale Energiekonflikte produktiv werten lassen, war das zentrale Thema der EnerLOG-Transferkonferenz „Energiekonflikte nutzen. Wege, Strategien und Organisationsformen einer lokalen Energieversorgung“ am 23. und 24. April 2015 in Potsdam. Die Konferenz war als eine Transferveranstaltung angelegt, bei der die Zwischenergebnisse des Projekts Vertretern aus der Praxis, wie etwa Geschäftsführern von Stadtwerken und Energiegenossenschaften, Bürgermeistern, Bürgern etc., zur Diskussion gestellt wurden. In drei Workshops berichteten Beteiligte aus erfolgreichen Projekten aus verschiedenen Regionen von ihren Erfahrungen bei der Überwindung von poli-

tischen, organisatorischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Dabei waren Vertreter jeder Fallstudie im Projekt „EnerLOG“ vertreten und stellten jeweils ihre Geschichte vor. Insgesamt über 80 Teilnehmer erörterten intensiv die verschiedenen Gegenstände von Konflikten sowie Möglichkeiten einer Lösung. Die Ergebnisse der Konferenz bilden die Grundlagen für diese Broschüre.

► www.zab-energie.de/de/Projekt-EnerLOG/EnerLOG-Transferkonferenz



Energiekonflikte gestalten

Wenn Energiekonflikte nur als Hemmnisse betrachtet werden, kann dies zu Blockaden führen und die Handlungsmöglichkeiten einschränken. Konflikte um die künftige Gestaltung der Energieversorgung sind nicht nur kontroverse und mitunter kräftezehrende Auseinandersetzungen, sie können auch neue Wege für nachhaltige Lösungen eröffnen. Energiekonflikte können also gestaltet und genutzt werden. Dieses Kapitel stellt drei Punkte vor, die bei der produktiven Wendung und Bewältigung von Energiekonflikten eine Rolle spielen: erstens die Kommunikation innerhalb von Energiekonflikten, zweitens den Beitrag neuer Organisationsformen bei der Lösung von Konflikten und drittens die Veränderungen, die sich im Laufe und infolge von Konflikten ergeben.







Warum ist Kommunikation wichtig?

Über die Kommunikation von, mit und zwischen Akteuren werden Argumente und Perspektiven in Energiekonflikten transportiert. Ohne Kommunikation, also den Austausch von Positionen, sind Konflikte nicht erkennbar. Ohne einen Austausch von Argumenten sind sie aber auch nicht lösbar. In diesem Kapitel werden einige praktische Erfahrungen dargestellt, wie Kommunikationsprozesse so zu gestalten sind, dass Konflikte überwunden werden können.

Kommunikation ist zentral in Konflikten und wirft grundsätzliche Fragen auf: Wer vertritt welche Position in einem Energiekonflikt? Wen kann ich mit welchen Argumenten von meinem Vorhaben überzeugen? Welche Akteure sind verwandten Themen gegenüber aufgeschlossen und können Teil eines breiteren Bündnisses werden? Auf welchem Weg kann ich welche Akteure erreichen oder sogar überzeugen? Kommunikation durchdringt damit die identifizierten drei Bereiche der Akteure, der Argumente und der Arenen.

Nicht alle Argumente sind für jeden Akteur gleich überzeugend. Daher ist es sinnvoll, in Bezug auf die einzubeziehenden Akteure, die verwendeten Argumente und die Formate der Kommunikation strategisch vorzugehen.

„Überzeugungsarbeit“ auf verschiedenen Ebenen

„Der Prozess von der Ankündigung bis zum Vollzug des Verkaufs war mit sehr viel Überzeugungsarbeit verbunden. Wir haben versucht, die Ministerien mitzunehmen, haben verschiedene Abstimmungsrunden gemacht. Wir haben die Gegner teilweise auch mit der Kraft der jeweiligen Minister überzeugt. Es ist manchmal eben erforderlich, Druck entsprechend der Hierarchien aufzubauen.“

Steffen Harzer (MdL), ehemaliger Bürgermeister von Hildburghausen (Thüringen)



„Gespräche auf Augenhöhe“ – Die Energiegenossenschaft Ingersheim und Umgebung

„Wir sagen, egal, wer am Anfang dagegen war, er kann sich in seiner Ansicht ändern. Diese Chance muss man einfach nutzen. Das ist aber kein Weg, den man mit PowerPoint-Folien beschreiten kann. Die große Mehrheit sind die Leute der Unentschlossenen und die kriegen Sie nur durch Gespräche auf Augenhöhe. Das dauert etwas länger. Sie müssen mit den Vereinen in Kontakt kommen, mit der Feuerwehr – das sind die Schlüsselgruppen. Da müssen die Argumente ausgetauscht werden.“

Dieter Hallmann, Vorstand der Energiegenossenschaft Ingersheim und Umgebung, (Baden-Württemberg)



Schlüsselpersonen sind einzubeziehen, manchmal sind auch Abstimmungen jenseits der Grenzen der Kommune nötig, um Unterstützung auf übergeordneten politischen Ebenen oder bei Genehmigungsbehörden zu erhalten.

Eine Kommunikationsstrategie entwickeln

Die im vorangehenden Teil herausgearbeitete Unterscheidung zwischen „Enthusiasten“, „schweigender Mehrheit“ und „Grundsatzkritikern“ kann auch für die Entwicklung einer Kommunikationsstrategie hilfreich sein. Die häufig ehrenamtlichen Treiber eines Projekts können durch die Kommune oder eine andere Initiative unterstützt werden, zum Beispiel bei der Organisation von Veranstaltungen, also der Schaffung von Arenen für die Kommunikation oder durch Gutachten, also mit der Bereitstellung von Argumenten. Wenn die dafür notwen-

digen Spielräume existieren, können engagierte Mitarbeiter der Verwaltung auch von bestehenden Aufgaben entbunden werden, um Energieprojekte voran zu bringen. Dabei sind Energie- und Klimaschutzmanager ein mögliches Instrument, um eine Anlaufstelle innerhalb der Verwaltung zu schaffen.

Der richtige Umgang mit der schweigenden Mehrheit und den Grundsatzkritikern ist die größte Herausforderung bei der Kommunikation in Energiekonflikten. Die schweigende Mehrheit kann in der Regel durch Argumente überzeugt und durch Angebote der Beteiligung eingebunden werden. Doch lassen sich nicht immer alle überzeugen und manche werden vielleicht sogar erst durch eine direkte Ansprache zu grundsätzlichen Kritikern. Hier gilt es also, den richtigen Ton zu treffen. In der Regel kann eine öffentliche Veranstaltung, sofern sie wahrgenommen und gut besucht wird, ein Auftakt für einen Kommunikationsprozess sein, der bisher Unbeteiligte einbezieht.



Akteure in Energiekonflikten Kommunikationsstrategien

Enthusiasten
Organisatorische, personelle und inhaltliche Unterstützung; „Freiräume“ schaffen

Schweigende Mehrheit
An Prozess, Entscheidungen und ggf. auch Gewinnen beteiligen; mit Argumenten überzeugen; von „Grundsatzkritikern“ abgrenzen

Grundsatzkritiker
Grundsätzliche Ablehnung deutlich machen; Bezug zu Gemeinwohlzielen herstellen; möglicherweise geschützten Raum für den Austausch herstellen; im Notfall deren Argumente isolieren

Gemeinwohlziele verstehen und nutzen

Gemeinwohlziele bezeichnen geteilte Vorstellungen von gesellschaftlichen Zielen, die mit der Energieversorgung erreicht werden sollen, z.B. regionale Entwicklung, Klimaschutz etc. In Energiekonflikten werden immer auch Gemeinwohlziele verhandelt, auf der anderen Seite kann ein bewusster Zugang zu Gemeinwohlzielen helfen, Energiekonflikte zu lösen. Dabei sind drei Punkte von Bedeutung:

Differenzieren von Gemeinwohlzielen und Erkennen von Individualinteressen

Da verschiedene Gemeinwohlziele in der öffentlichen Diskussion oft nebeneinander stehen, ist ihre Differenzierung ein erster Schritt, um Widersprüche sichtbar zu machen. Eine Auflistung von verschiedenen Gemeinwohlzielen, die bisher debattiert wurden, kann einen hilfreichen Überblick über die verschiedenen Erwartungen und Zielvorstellungen der beteiligten Akteure geben. Gleichzeitig kann es helfen, jene Einzelinteressen, die sich hinter manchem Gemeinwohlargument verstecken, nachvollziehbar zu machen. Dies sollte jedoch in angemessener Weise geschehen, ohne die betreffenden Parteien öffentlich an den Pranger zu stellen.

Konflikt auf der Meta-Ebene diskutieren

Gemeinwohlziele in einem Energiekonflikt nicht nur zu differenzieren, sondern direkt zum Gegenstand der Diskussion zu machen, ermöglicht es, den Konflikt auf einer darüber liegenden Ebene zu diskutieren. So können statt Fragen des Für und Wider einer bestimmten Technologie oder Eigentumsform, allgemeine Entwicklungspfade und Leitbilder der Kommune diskutiert werden. Die Diskussion wird dadurch auf eine neue Ebene gehoben, in der sich potentiell alle an der Diskussion Beteiligten wiederfinden können.

Meinungshoheit durch Gemeinwohlziele erreichen

In einem Diskussionsprozess über Gemeinwohlziele der Energieversorgung können allgemeine Zielvorstellungen und Visionen erarbeitet werden, die für die Entwicklung einer Kommune oder Region maßgeblich sind. Ist der vorangegangene Diskussionsprozess fair und gleichberechtigt abgelaufen und wird das Ergebnis von allen Beteiligten akzeptiert, kann dies in weiteren Auseinandersetzungen einen wichtigen Rahmen zur Orientierung und zur Begründung der diskutierten Optionen bieten.

Auch wenn Grundsatzkritiker sich über ihre fundamentale Ablehnung von Projekten definieren, kann es hilfreich sein, eins-zu-eins oder Kleingruppengespräche zu suchen, um die Gründe, aber auch die Stärke der Ablehnung zu erfahren. Ein geschützter Raum, zum Beispiel im Rahmen eines persönlichen Gesprächs oder mit einer gemeinsamen Vertrauensperson, kann hier eine Gesprächssituation herstellen, in der offener als in öffentlichen Versammlungen oder Kontexten gesprochen werden kann. Eventuell ist es nur ein kleiner Teilaspekt, der zur Ablehnung führt; oder der Ablehnungsgrund liegt nicht direkt in der Sache, sondern in einer persönlichen Verletzung oder Angst, die nicht öffentlich gemacht werden kann. Helfen diese Ansprachen und Versuche hingegen nicht, kann es ein pragmatischer Umgang sein, die grundsätzliche Ablehnung der Grundsatzkritiker zu thematisieren und sie von der „schweigenden Mehrheit“ abzugrenzen. Dabei sollte trotzdem persönliche Fairness gewährleistet bleiben. Ein Bezug auf Gemeinwohlziele kann dagegen helfen, die Diskussion auf eine andere Ebene jenseits privater Interessen zu verlagern.



Konfliktarenen bewusst gestalten

Die Beschaffenheit der Arenen und Kanäle, in denen ein Konflikt ausgetragen wird, hat einen großen Einfluss auf den Erfolg der Kommunikation und das Erreichen einer Verständigung. Wichtige Grundsätze sind hier Gleichberechtigung und faire Beteiligung. Wer an einer Diskussion beteiligt ist, beeinflusst notwendigerweise auch, was als Gemeinwohl in dieser diskutiert wird. Für die Kommunikation zwischen den Akteuren können bestehende Arenen genutzt, aber auch neue geschaffen werden. Beispiele für bestehende Arenen sind kommunale Ausschüsse oder bestehende Arbeitsgruppen zu Energie- oder Umweltthemen. Neue Formate können durch öffentliche Veranstaltungen oder teilöffentliche Workshops entstehen. In Hohen Neuendorf (Brandenburg) entstand aus mehreren öffentlichen Workshops ein Netzwerk für energieeffizientes Sanieren (siehe Box). Es bildete damit ein Forum für den Austausch von Ideen und die Aushandlung unterschiedlicher Interessen. Im Fall der Energiegenossenschaft Ingersheim und Umgebung hat es sich bewährt, sich an Veranstaltungen, Festen von Vereinen etc. zu beteiligen, die keinen direkten Bezug zu Energiefragen hatten. Unkonventionelle Maßnahmen, wie eine zeitweilige Imbissbude am Windrad, eröffneten Gelegenheiten für einen entspannten Austausch von Argumenten. Diese Beispiele zeigen, dass in Energiekonflikten der persönliche Kontakt bei der Kommunikation in und über Energiekonflikte eine sehr hohe Bedeutung hat.



„Nicht alle können überzeugt werden.“

Manchmal ist es sogar nötig, die Grundsatzkritiker zu isolieren und die Bemühungen auf die schweigende Mehrheit zu richten, also diejenigen, die noch von einem Projekt überzeugt werden können.“

*Sebastian Sladek, Geschäftsführer Elektrizitätswerke Schönau
(Baden-Württemberg)*

Ein Netzwerk für energieeffizientes Sanieren in Hohen Neuendorf: Erfahrungen aus beteiligungsorientierten Workshops



Hohen Neuendorf, eine der Partnergemeinden im Projekt „EnerLOG“, zeichnet sich durch eine Siedlungsstruktur aus, die vor allem durch Ein- und Zweifamilienhäuser geprägt ist. Vor diesem Hintergrund entstand die Idee, im Rahmen des Projektes ein Netzwerk zu etablieren, in dem sich lokale Unternehmen in den Bereichen Handwerk, Bauberatung und -finanzierung zusammenschließen, um für potentielle Kunden einen Anlaufpunkt zu schaffen. Mit diesem Ziel

finden Ende 2015 und Anfang 2016 verschiedene Workshops mit lokalen Firmen statt, die durch den Klimaschutzmanager der Stadt koordiniert und organisiert wurden. Diesen ging eine öffentliche Informationsveranstaltung im Frühjahr 2015 voraus.

Das Ziel war es dabei, alle Schritte bzw. Gewerke, die in einem Sanierungsprozess notwendig sind, in das Netzwerk zu integrieren. Nach einem Mapping der möglichen Beteiligten wurde breit eingeladen, wobei auf die Vereinbarkeit mit dem beruflichen Alltag der Beteiligten geachtet wurde. Trotzdem waren Handwerksbetriebe unterrepräsentiert. Die Diskussionen liefen offen und kooperationsorientiert. Es kristallisierte sich heraus, dass es wichtig ist, die Rolle und die Ziele der Kommune früh zu definieren. Zudem überlagerte sich die Diskussion mit anderen Konflikten, namentlich um das Verhältnis zwischen lokaler Wirtschaft und Kommune. Es stellte sich als sinnvoll heraus, diese Kritik auch aufzunehmen, um dann am Thema weiterzuarbeiten. In Hohen Neuendorf gründete sich eine eigene Arbeitsgruppe, die sich um eine Reform der lokalen Gewerbeschau kümmern wird.

► klimaschutz-hn.jimdo.com/haus-und-wohnung/zukunft-haus

Aber auch eine gut vorbereitete und reflektierte Kommunikation in Konflikten hat ihre Grenzen. So wird es nie möglich sein, alle Skeptiker und Gegner zu überzeugen und mitunter verweigern sich Grundsatzkritiker der Diskussion. Konflikte können damit nicht vollständig und zur Zufriedenheit aller gelöst werden. Es ist aber möglich und notwendig, bereits während der Aushandlung eines Konfliktes an die Zeit danach zu denken. Unwiderrufliche Zerwürfnisse sollen damit vermieden und eine Zusammenarbeit nach dem Konflikt ermöglicht werden.

Es ist unbestritten, dass Konflikte viele Ressourcen binden und Ideen für deren Lösung nicht immer auf der Hand liegen. Dabei kann es auch sinnvoll sein, sich mit ähnlichen Konflikten in anderen Kontexten zu beschäftigen und sich von internationalen Erfahrungen inspirieren zu lassen. Das ICLEI Europasekretariat in Freiburg praktiziert seit vielen Jahren den Erfahrungsaustausch zwischen Kommunen im Hinblick auf nachhaltige Lösungen für Städte (siehe Box links).

Den dargestellten Ansätzen für die Kommunikation in Energiekonflikten ist gemeinsam, dass sie versuchen, eine direkte Ansprechbarkeit für Fragen anzubieten, möglichst früh alle relevanten Gruppen und Akteure zu beteiligen und unterschiedliche Interessen transparent zu machen. Neue Organisationsformen können ein Weg sein, die gefundenen Lösungen und Ergebnisse auch zu verstetigen.

Das EU-Projekt CO-POWER



Energieprojekte mit Bürgerbeteiligung haben das Potenzial, unser Energiesystem zu verändern. Gemeinden und Genossenschaften in ganz Europa schaffen Projekte, bei denen sie selbst erneuerbare Energie erzeugen und aktiv am Betrieb der Anlagen beteiligt sind. Das EU finanzierte Projekt Community Power (CO-POWER) hat deshalb untersucht, welche politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen die Einrichtung erneuerbarer Energie-Gemeinschaftsprojekte fördern oder diese behindern. Das Projekt arbeitete von 2013 bis 2016 in zwölf europäischen Ländern – darunter auch Deutschland. Unter anderem wurden sowohl auf EU-Ebene als auch auf nationaler Ebene in der Tschechischen Republik, Dänemark, Spanien, Ungarn, Irland, Schottland und Belgien Empfehlungen für Gesetzesänderungen zur Unterstützung von gemeinschaftlichen Energieprojekten erarbeitet.

Mehr Informationen unter
▶ www.communitypower.eu





Die Energiewende ist weit mehr als nur eine rein technologische Veränderung. Neben der Errichtung von Windrädern, Solarmodulen und Biomasseanlagen, ist mit der Energiewende in Deutschland auch eine Dezentralisierung der Eigentumsverhältnisse und Organisationsformen einhergegangen. Hinter dem etwas sperrigen Begriff der Organisationsform versteckt sich eine große Vielfalt von verschiedenen Geschäftsmodellen, Rechtsformen und Koordinationsmechanismen.

Viele dieser Organisationsformen haben einen lokalen Charakter und versuchen, Akteure vor Ort an Entscheidungen und Erträgen zu beteiligen. Diese Organisationsformen selbst weisen einen unterschiedlichen Grad an Verfestigung auf, ein Netzwerk beispielsweise bedeutet einen lockereren Verbund als eine formalisierte Kooperation mit definierten Rechten und Pflichten wie in einer Genossenschaft.

„Neue“ Organisationsformen

Aus der Vielzahl möglicher Organisationsformen einer dezentralen Energiewende wurden im Projekt EnerLOG beispielhaft drei verschiedene Organisationsformen in insgesamt sechs Fallstudien untersucht:



ENERGIEGENOSSENSCHAFTEN

Energiegenossenschaften beschreiben eine konkrete Rechtsform, nämlich eine Genossenschaft, die im Energiebereich tätig wird. Meist sind diese in der Erzeugung von Strom oder Wärme oder im Betrieb von Netzen tätig. Genossenschaften sind Mitgliedsorganisationen. Sie zeichnen sich durch eine egalitäre interne Struktur aus, bei der jedes Mitglied eine

Stimme in der Generalversammlung hält. Die garantierten Einspeisevergütungen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes aus dem Jahr 2000 haben zu einem regelrechten Boom von Erzeugungsgenossenschaften geführt, der mit der letzten Gesetzesnovelle von 2014 aber wieder abgenommen hat.



REKOMMUNALISIERUNGEN UND STADTWERKE

Rekommunalisierungen bezeichnen den Prozess, bei dem vormals privatisierte Unternehmen oder Energieinfrastrukturen zurück in öffentliches Eigentum übertragen werden. Dabei handelt es sich um komplexe juristische Prozesse, deren Ergebnis ein Unternehmen in öffentlicher Trägerschaft – ein Stadtwerk

– sein kann. Rekommunalisierungen betreffen manchmal auch nur Teile des städtischen Energiesystems, beispielsweise die Energienetze. Stadtwerke haben unterschiedliche Rechtsformen, die von privatrechtlichen Gesellschaften (GmbH etc.) bis hin zu Anstalten öffentlichen Rechts (AöR) reichen können.



BIOENERGIEDÖRFER

Bioenergiedörfer sind nicht durch eine einheitliche Rechtsform, sondern vielmehr durch die Idee einer lokalen Selbstversorgung mit erneuerbarem Strom und Wärme gekennzeichnet. Häufig sind lokale Biomasseanlagen, an die ein genossenschaftliches Nahwärmenetz angeschlossen wird, der Kern eines Bioenergiedorfs. Die Bezeichnung wird jedoch auch

für Orte gebraucht, deren Energieversorgung auf anderen erneuerbaren Energieträgern beruht. Wichtiges Ziel hierbei ist die autarke Selbstversorgung mit Energie. Das bedeutet, es soll perspektivisch mindestens so viel Energie erzeugt werden, wie auch lokal verbraucht wird.

Diese Organisationen in der Energieversorgung sind nicht immer „neu“, sondern können, wie etwa Stadtwerke oder Genossenschaften, mitunter auf eine lange Geschichte zurückblicken. „Neu“ sind sie in der Hinsicht, dass sie in der Energiewende eine neue Dynamik erfahren haben. Sie haben darüber hinaus die Motivation gemeinsam, die Energiewende „selbst in die Hand zu nehmen“, die Beteiligung zu steigern und die lokale Energieversorgung an Gemeinwohlzielen zu orientieren. Neben den drei hier genannten gibt es noch viele weitere Typen von neuen Organisationsformen in der Energiewende.



Vielfältige Formen von Bürgerenergie –

zum Beispiel das Modell „Bürgerstrom“ im brandenburgischen Schipkau

Dass Beteiligung auch in strukturschwachen Regionen möglich ist, in denen die Bedingungen für Energiegenossenschaften schwierig sind, zeigt das Bürgerstrommodell in der Gemeinde Schipkau in der Brandenburger Lausitz. In den Verhandlungen der Gemeinde mit dem Investor über die Erweiterung des bestehenden Windparks gelang es, vorerst für fünf Jahre, eine Jahresendzahlung für alle Bürger der vom Windpark betroffenen Ortsteile zu vereinbaren. Über diese Lösung kann – im Gegensatz zu einer finanziellen Beteiligung Einzelner – jeder Bürger wirtschaftlich partizipieren.

Mehr Informationen:

► www.zab-energie.de/de/system/files/media-downloads/briefing_paper_kommunen_projekt_enerlog_0.pdf



Die passende Organisationsform wählen

Neue Organisationsformen können helfen, lokale Verantwortung für und Beteiligung an der Energieversorgung dauerhaft zu verankern. Dabei werden die formellen Möglichkeiten der Partizipation durch die Rechtsform bestimmt. Diese können jedoch durch Wege der informellen Beteiligung, wie Beiräte und Agenda-Prozesse, ergänzt werden. Welche Organisationsform sich in der jeweiligen Situation anbietet, richtet sich darüber hinaus maßgeblich nach der lokalen Akteurskonstellation. Der Vorteil von Genossenschaften beispielsweise liegt darin, viele Akteure als Mitglieder gleichberechtigt und direkt einzubeziehen. Bei einer ungleichen Verteilung von Kapital und dem Wunsch nach Beteiligung bieten sich andere privatwirtschaftliche Rechtsformen an. Auch öffentliches Eigentum an Energienetzen und Erzeugungsanlagen kann eine Variante sein, lokale Energiewenden zu fördern. Insbesondere dann, wenn das Unternehmen den „klaren Auftrag“ erhalten hat, erneuerbare Energien zu fördern und den Bürgern eine Beteiligung ermöglicht. Zusätzlich gibt es auch Beteiligungsmöglichkeiten, bei denen die Bürger nur finanziell und ohne größere Möglichkeiten der Mitbestimmung von der Energiewende profitieren können.

Nischen erkennen

Nicht überall können neue Stadtwerke, Energiegenossenschaften und Bioenergiedörfer gegründet werden. In der Regel entstehen neue Organisationen, wenn Enthusiasten es schaffen, eine günstige Situation für eine Veränderung zu nutzen. Solche Spielräume lassen sich oft in Lücken oder Nischen ausmachen, in denen ein bestimmter Bedarf bisher nicht abgedeckt wird. Nahwärmenetze in Bioenergiedörfern beispielsweise entstanden in der Regel dort, wo es noch keine kollektive Wärmeversorgung gab, also eine technische Nische bestand.

Einige der größten Rekommunalisierungsprojekte in den letzten Jahren, darunter auch der Rückkauf der Thüringer

Energie AG, kamen ins Rollen, als sich große Energiekonzerne aus ihrer Tätigkeit als Regionalversorger in ländlichen Regionen zurückzogen. Manchmal sind solche Nischen einfach sichtbar und gegeben, manchmal müssen sie durch einen Konflikt selbst erkämpft werden, manchmal hingegen ist die Frage, wie der Handlungsspielraum genutzt werden kann, selbst Gegenstand eines Konflikts.

Ressourcen mobilisieren

Sind diese Handlungsspielräume oder Nischen vorhanden, ist das Entstehen einer neuen Organisationsform jedoch kein Selbstläufer. Vielmehr kommt es darauf an, in den bestehenden Spielräumen auch tatsächlich Handlungsfähigkeit zu entwickeln. Neben kluger Kommunikation haben sich folgende Ressourcen als wichtig für die Gründung neuer Organisationsformen erwiesen:

Wissen

Technisches und ökonomisches Wissen ist erforderlich für den sinnvollen Betrieb von Anlagen, aber auch Wissen darum, wie man Beteiligungs- und Abstimmungsprozesse organisiert. Für Verträge, Satzungen, Unternehmensgründungen ist zudem juristisches Fachwissen unabdingbar.

Finanzielle Ressourcen

Das Vorhandensein von Kapital ist Voraussetzung für die Gründungen sowohl für Energiegenossenschaften und Bioenergiedörfern, in denen Bürger selbst in Energieanlagen investieren wie auch für Kommunen, die eine Rekommunalisierung anstreben. Trotz historisch niedriger Kommunal kredite muss eine gewisse Solvenz gegeben sein, auch um Kosten etwa für vorbereitende Gutachten zu decken. In den letzten Jahren halfen verschiedene Förderprogramme, die Verfügbarkeit finanzieller Ressourcen zu erhöhen.

Kümmerner und Multiplikatoren

Kümmerner sind Personen, die nicht nur das Wissen, sondern auch die Zeit und/oder die nötigen Kontakte mitbringen, um solche Projekte sinnvoll zu realisieren. Häufig sind auch Bürgermeister unverzichtbar, die bereit sind, das Thema Energie neben vielen anderen Pflichtaufgaben und Herausforderungen (z.B. demographischem Wandel, Wasser- und Abwasserversorgung, der Unterbringung von Flüchtlingen) aufzugreifen.



„Am Ende ist es eben doch die Hartnäckigkeit von ein paar Leuten gewesen.“

*Dr. Rainer Land,
Bioenergiedorf Bollewick
(Mecklenburg-Vorpommern)*

Eine kritische Masse an Unterstützenden

Ein Kreis an Enthusiasten und „positiv Verrückten“ ist notwendig, die ihrerseits Zeit, Wissen, Geld und Eigenleistung in die neue Organisation oder die Kampagne zu deren Gründung stecken. Bei Energiegenossenschaften und Bioenergiedörfern lässt sich zudem sagen, dass die Projektvorhaben eine gewisse Mindestgröße benötigen, z.B. die Anzahl an Haushalten, die sich an ein Nahwärmenetz anschließen würden, um ökonomisch zu funktionieren.

Politische Rückendeckung

Neben der Unterstützung durch Personen ist auch die institutionelle Rückendeckung durch die Kommune, Planungsträger oder die Landesregierung ein wichtiger Faktor. So kann die Kommune beispielsweise selbst Räume für Treffen zur Verfügung stellen oder als Schirmherrin des Prozesses auftreten. Juristisch relevant ist die Unterstützung der Genehmigungsbehörden. Sowohl für politische Rückendeckung auf der kommunalen Ebene als auch für die Unterstützung auf höheren Ebenen ist es häufig nötig Überzeugungsarbeit zu leisten.

Gelegenheiten

Schließlich sind konkrete Anlässe wichtig, die der Gründung und Entwicklung neuer Organisationsformen eine Dynamik verleihen. Dies kann zum Beispiel das Auslaufen bestehender Konzessionsverträge mit bisherigen Netzbetreibern oder Energieversorgungsunternehmen sein.

Es braucht die „Kümmerner“

„Es ist notwendig, dass man begabte, kundige und auch mit Zeit ausgestattete Kümmerner findet. Wir hatten Glück: einer unserer Bürger, der früher in Hamburg im Management tätig war, ist in die Frühverrentung gegangen. Ein sehr interessierter, sehr politischer Mann, in einer Schaffensphase in der man unheimlich viel Erfahrung hat und auch noch körperliche Power mitbringt. Der hat ganz wesentlich dazu beigetragen, dass die notwendigen organisatorischen Arbeiten ehrenamtlich erbracht wurden.“

Bürgermeister Rainer Hingst, Honigsee (Schleswig-Holstein)





Rolle von Energieagenturen bei der Gründung von neuen Organisationsformen

Energie- und Klimaschutzagenturen sind kommunale, regionale oder auf Landesebene tätige Organisationen, die vorrangig zu Fragen der Energieeffizienz von Gebäuden und Prozessen sowie zu Fragen des Energiemanagements in Kommunen und Unternehmen beraten. Die Rolle, die Energieagenturen bei der Gründung von neuen Organisationsformen spielen können, hängt sowohl vom spezifischen Beratungsbedarf im Einzelfall als auch von der Beratungskompetenz, die von der Energieagentur angeboten wird, ab.

In einer von der ZukunftsAgentur Brandenburg, der EnergieSpar-Agentur des Landes Brandenburg, durchgeführten Umfrage wurde erhoben, inwieweit Energieagenturen in der Beratung und Unterstützung bei der Gründung von Stadtwerken, Energiegenossenschaften oder Bioenergiedörfern beteiligt waren. Bezogen auf die verschiedenen Organisationsformen waren je 14 von 34 Agenturen an der Gründung von Bioenergiedörfern und Energiegenossenschaften beteiligt. Grundsätzlich waren die Agenturen in der Prozessberatung und bei der Unterstützung von Kommunen und Bürgern tätig, bei der Gründung von Bioenergiedörfern kam die Beratung zu technischen Lösungen und Fragen der Vertragsgestaltung hinzu.

► www.zab-energie.de/de/system/files/media-downloads/Rolle_von_Energieagenturen-8408.pdf

Häufig bringen bereits beteiligte Akteure einen Teil dieser Ressourcen in den Prozess ein, manchmal ist es hingegen notwendig, den Kreis der Beteiligten so zu erweitern, dass zusätzliche Ressourcen und Kompetenzen abgedeckt sind. Inwieweit das gelingt, hängt wiederum von der gewählten Kommunikationsstrategie ab. Grundsätzlich sind diese Ressourcen ungleich verteilt. Daher ist es wichtig, die vor Ort vorhandenen Möglichkeiten bei der Bearbeitung von Konflikten zu berücksichtigen. In einkommensschwachen Gemeinden kann die Gründung einer Genossenschaft daran scheitern, dass zu wenige potenzielle Mitglieder in der Lage sind, die Mindesteinlage zu tätigen. Kommunen, die sich in der Haushaltsicherung befinden, können nicht realistisch über die Rekommunalisierung von Netzen oder die Gründung von Stadtwerken nachdenken. Auch wenn es hier jeweils Spielräume für kreative Lösungen gibt (siehe das Schipkauer Beispiel), sollten die lokalen Bedingungen für die Gründung neuer Organisationsformen realistisch abgeschätzt werden. Mitunter können aber auch externe, vermittelnde Akteure, wie etwa Energieagenturen, Kommunen unterstützen.

Organisationsformen als Quelle von Energiekonflikten

Doch auch wenn alle Bedingungen stimmen sollten, müssen neue Organisationen manchmal gegen Widerstände durchgesetzt werden. Neue Organisationsformen können helfen, in Konflikten gefundenen Verständigungsprozessen und Lösungsansätzen eine Form zu geben. Neue Organisationsformen können aber auch selbst der Gegenstand von lokalen energiepolitischen Konflikten sein. Um Rekommunalisierungen gab es mitunter kontroverse Auseinandersetzungen. Dabei ging es nicht nur um das „ob“, sondern auch um das „wie“, das heißt, welche Ziele und Strategien ein kommunales Stadtwerk dann konkret verfolgen soll. Einmal etabliert können auch die Gremien neuer Organisationsformen, beispielsweise die Mitgliederversammlung einer Genossenschaft oder der Aufsichtsrat eines Stadtwerkes, selbst zur Arena eines Konflikts werden.

Allerdings zeigt das Beispiel Hamburg mit dem landeseigenen Unternehmen Hamburg Energie auch, dass ein einmal etabliertes und funktionsfähiges Unternehmen ein wichtiger Akteur für die Unterstützung einer lokalen Energiewende sein kann. Neue Organisationsformen bedeuten damit nicht automatisch den Schlusspunkt für einen Konflikt, sondern können auch neue Dynamiken in einem Konflikt auslösen.



Energiekonflikte verändern (sich)

Energiekonflikte haben keinen geradlinigen Verlauf, sondern häufig unerwartete Wendungen, die die Konfliktsituation wie auch die daran beteiligten Akteure und deren Rollen verändern können. Die Vorstellung von Konflikten ist häufig sehr schematisch. Demnach gibt es verschiedene Ursachen und einen Konfliktauslöser. Darauf folgen ein Zeitraum, in dem der Konflikt ausgetragen wird, und schließlich eine Lösung, die das Ende des Konflikts markiert. Die Erfahrung zeigt hingegen, dass Konflikte in der Praxis nur selten diesen idealtypischen Verlauf haben. Stattdessen gibt es verschiedene komplexe zeitliche Rhythmen, die einen Konflikt prägen, aber auch von den Akteuren selbst beeinflusst werden können. Damit umzugehen heißt, „mit der Zeit spielen“ zu können.








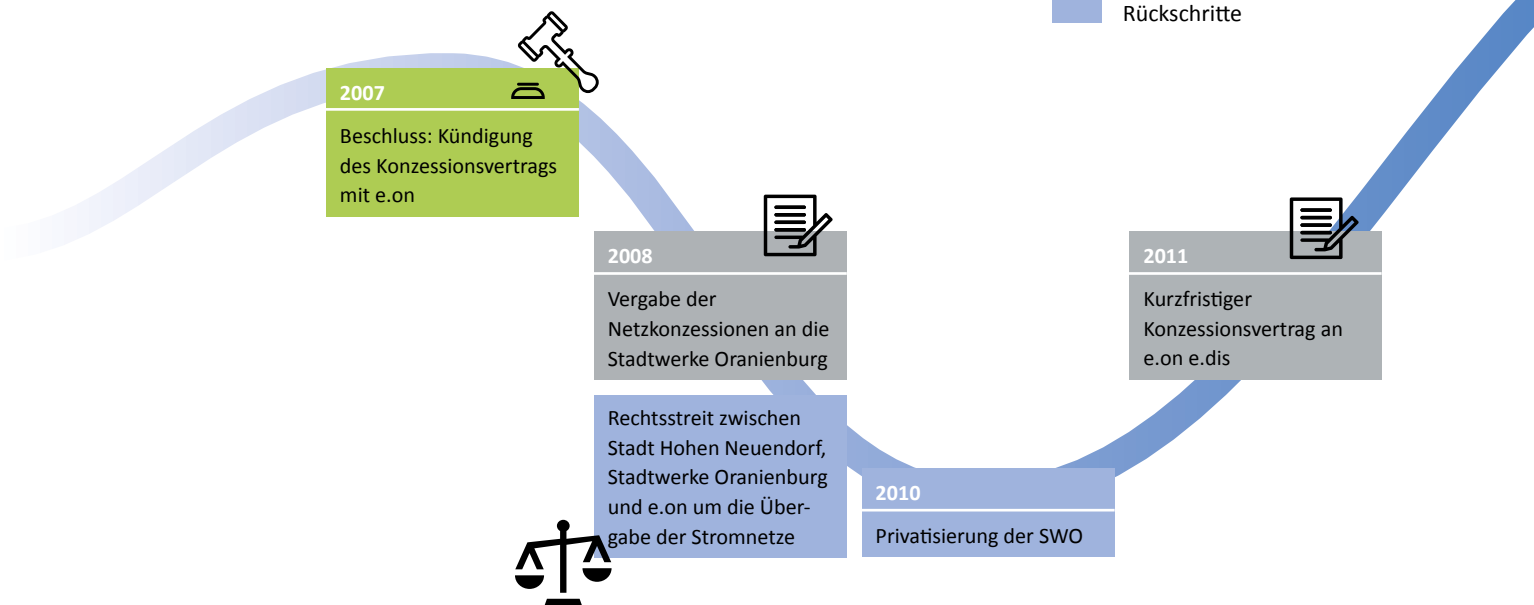
Langer Atem in Auseinandersetzungen

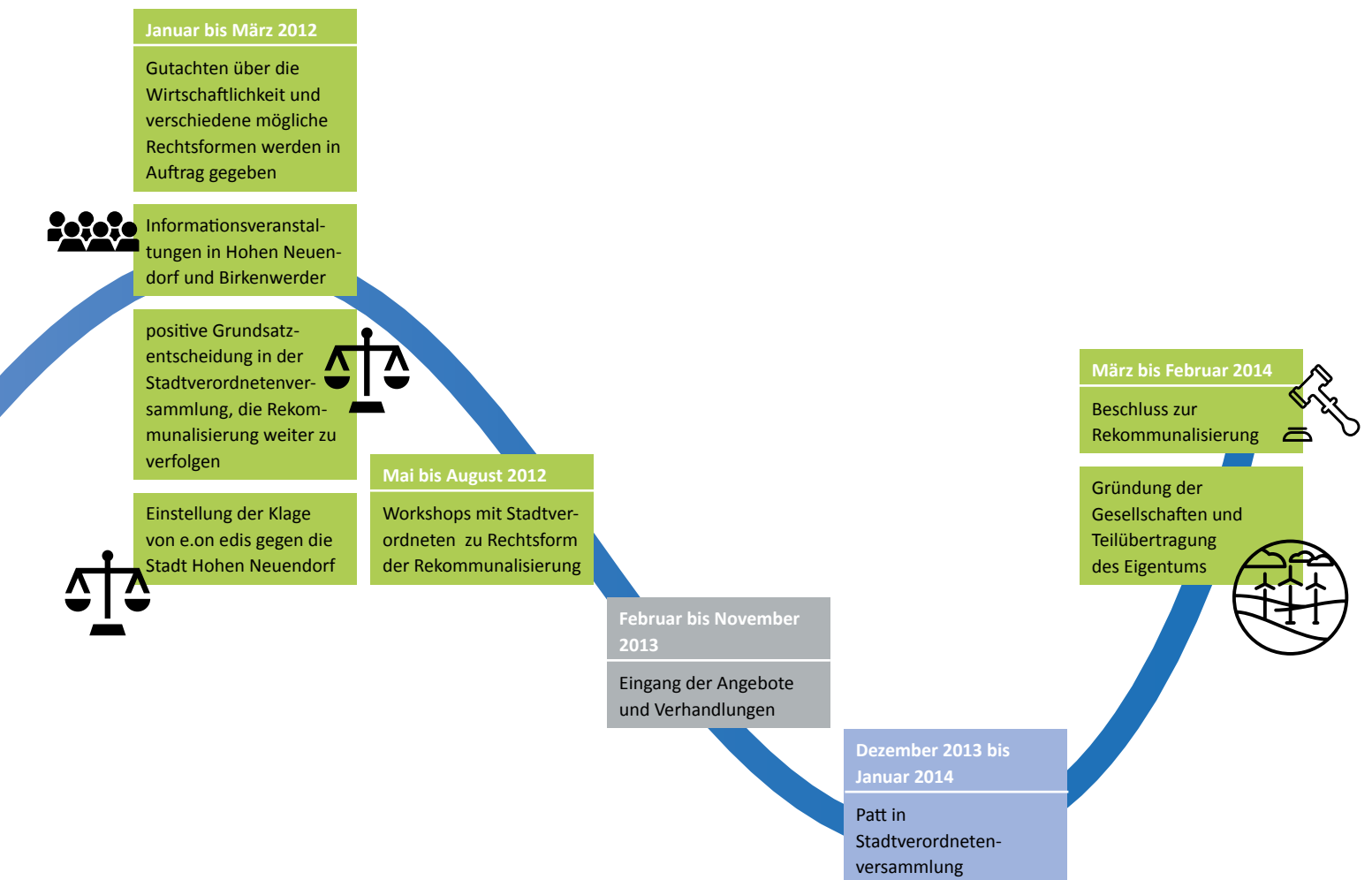
Konflikte gliedern sich in „heiße“ und „kalte“ Phasen. Bestimmte Zeitpunkte, wie die bevorstehende Wahl eines Bürgermeisters, können genutzt werden, um ein Thema überhaupt erst zur Sprache zu bringen. Gleichzeitig können diese aber auch dazu führen, dass Verwaltungs- oder Genehmigungsabläufe verlangsamt oder gar bis nach der nächsten Wahl verschoben werden. Weitere Beispiele für zeitliche Einflüsse auf Energiekonflikte sind Amortisationszeiträume und Kreditlaufzeiten bei Investitionen, Planungs- und Vorlaufzeiten von Projekten während denen zwar Anschubkosten, aber noch keine Gewinne anfallen, Verträge von Geschäftsführern, Fristen für Genehmigungen und Eintragungen im Gewerbeamt etc. Diese verschiedenen Zeiträume im Blick zu haben, sie einordnen und ausnutzen zu können, ist ein Schlüssel für die erfolgreiche Bearbeitung von Energiekonflikten und die Gründung neuer Organisationsformen. Das erfordert personelle Kontinuität.

Im brandenburgischen Hohen Neuendorf beispielsweise hat die Rekommunalisierung der Strom- und Gasnetze insgesamt sieben Jahre gedauert. Nach vielen Wendungen, rechtlichen Auseinandersetzungen und Rückschlägen konnte die Stadt durch die Gründung der Netzgesellschaft einen Anteil von 51 Prozent an den städtischen Strom- und Gasinfrastrukturen gewinnen. Der technische Betrieb obliegt jedoch weiterhin den privaten Partnern. Beachtenswert ist dabei vor allem der Prozess, der Grundsatzentscheidungen, Beteiligungsworkshops und eine rechtstreue Umsetzung umfasste, um das Verfahren abzusichern und potentielle Kritiker einzubinden (siehe Grafik). Das Beispiel zeigt: für eine erfolgreiche Lösung von Energiekonflikten und die Gründung von neuen Organisationsformen braucht es strategisches Geschick und vor allem einen langen Atem.

Rekommunalisierung des Stromnetzes in Hohen Neuendorf

-  Fortschritte
-  Zwischenschritte
-  Rückschritte







Rollenwechsel

Konflikte selbst verändern sich im Zeitverlauf. Ist ein wichtiger Meilenstein in einem Konflikt erreicht worden – es wurde beispielsweise ein Windrad errichtet oder ein Stadtwerk gegründet – werden einerseits Fakten geschaffen und andererseits entstehen neue Voraussetzungen für die nächste Phase in einem Konflikt. Das geht teilweise auch mit veränderten Rollen einzelner Akteure einher. In manchen Konfliktphasen sind einige Akteure mit speziellen Kompetenzen wichtiger als in anderen. Für eine öffentliche Kampagne braucht es Stimmungsmacher und auch ein gewisses Maß an Zuspitzung einzelner Positionen. Ist jedoch eine Entscheidung gefällt, ist die organisatorische Fähigkeit, einen Entschluss umzusetzen und beispielsweise eine neue Organisation zu gründen, wichtiger als die Mobilisierungsfähigkeit. Juristische Kenntnisse, politische Vernetzung und Pragmatismus werden dann wichtiger als grundsätzliche Überzeugungen.

Es kann auch eine Herausforderung für die bisherigen Enthusiasten sein, mit früheren „Grundsatzkritikern“ zusammen zu arbeiten. Teilweise müssen dafür alte Gräben überwunden und wieder Wege der Zusammenarbeit gefunden werden. Aber: Oft ist nach dem Konflikt gleichzeitig vor dem Konflikt – schließlich weist der Verlauf von Konflikten häufig keinen klaren Schlusspunkt auf. Gefundene Lösungen können neue Konfliktfälle mit anderen Akteuren auslösen. Und auch innerhalb neuer Organisationsformen können alte Konflikte aufbrechen, mit denen dann wiederum produktiv umgegangen werden muss.

Veränderte Rollen in Konflikten

„Nach dem Volksentscheid haben sich die Karten noch einmal neu gemischt. Die SPD, vorher die lauteste Stimme in der Koalition der Gegner, war nun mit der Umsetzung des Volksentscheids betraut. Wir als Akteure der Kampagne mussten auch erst einmal lernen und unsere Aufgabe neu definieren. Wir mussten die Umsetzung des Volksentscheids von nun an kritisch begleiten; aber auch eigene Denkmuster überwinden, um uns mit der neuen erstarkten Position im politischen Umfeld aufzustellen und unsere Ziele bestmöglich durchzusetzen.“

Wiebke Hansen, Kampagnenleiterin „Unser Hamburg – Unser Netz“

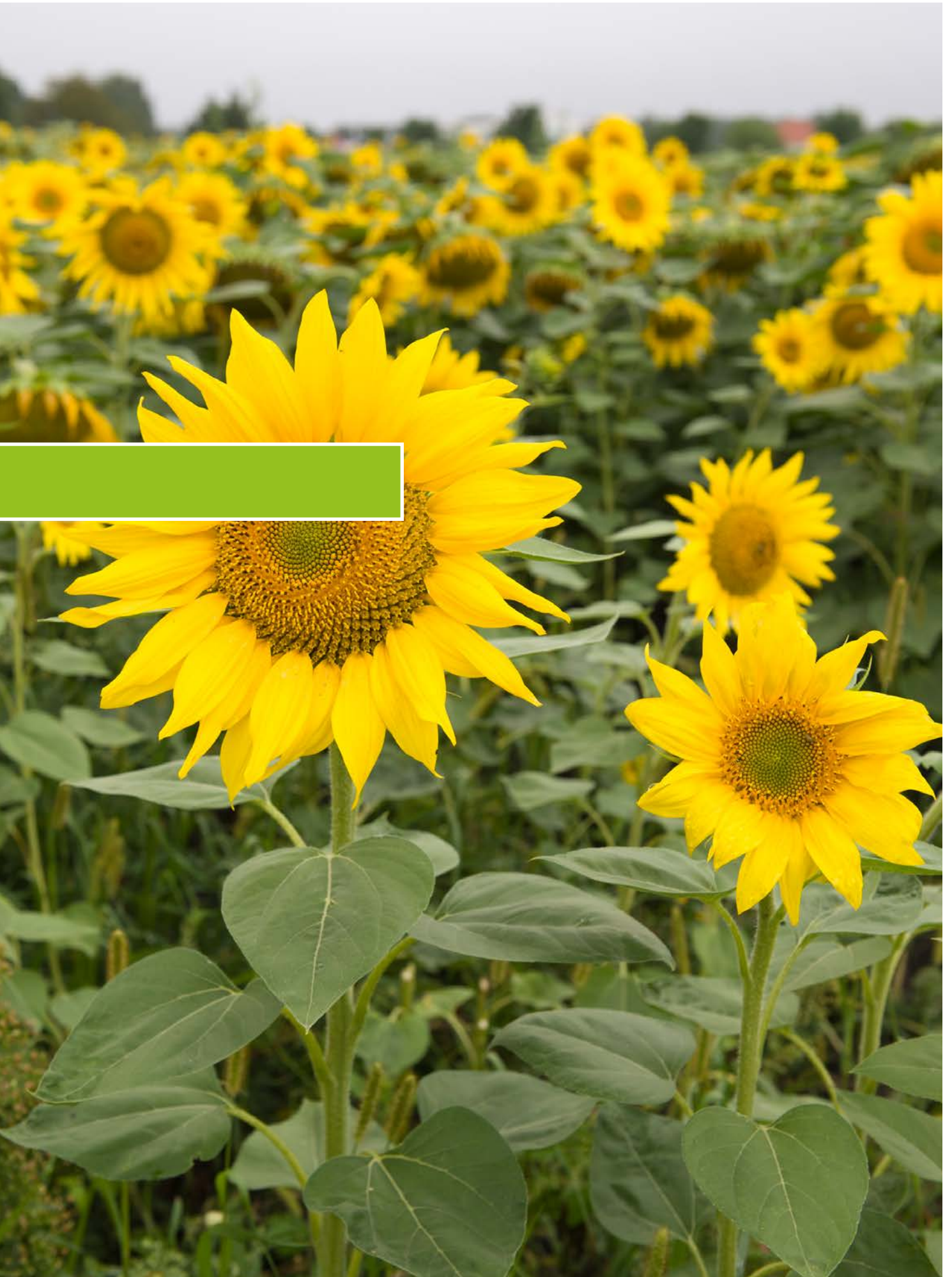




Ausblick

Diese Broschüre hat gezeigt, dass Konflikte sehr unterschiedlich und vielfältig sein können. Auch wenn jeder Konflikt durch die Bedingungen vor Ort und eine eigene Vorgeschichte geprägt ist, lassen sich dennoch einige allgemeine Aussagen für einen konstruktiven Umgang mit lokalen Energiekonflikten zusammenfassen.







Energiekonflikte verstehen

Um Energiekonflikte zu verstehen, ist eine gründliche Analyse nötig.



Für einen ersten Überblick ist es erforderlich, innerhalb von Konflikten die wesentlichen Akteure und deren Argumente, Netzwerke und Ressourcen zu identifizieren. Zum Beispiel kann eine Einteilung in Enthusiasten, (schweigende) Mehrheit und Grundsatzkritiker helfen, die jeweiligen Konstellationen zu verstehen. Zum Verständnis von Konflikten gehört auch ein Überblick über bestehende und mögliche Konfliktarenen, d.h. die Orte, in denen die Konflikte ausgetragen werden.



Zwischen Argumenten und Interessen, die im Konflikt thematisiert werden und den Interessen, die nicht offen angesprochen werden, aber die Auseinandersetzung dennoch prägen, muss unterschieden werden. Hierfür ist ein Blick auf die jeweilige Vorgeschichte, aber auch auf lokale soziale und ökonomische Bedingungen hilfreich.

Energiekonflikte gestalten

Um Energiekonflikte nutzen zu können, ist ein strategisches und langfristig angelegtes Handeln notwendig. Konfliktlösungen können dabei von Akteuren, Argumenten oder Organisationsformen ausgehen.



Akteure Die treibenden Kräfte von Projekten („Enthusiasten“) sind in ihrem Engagement ideell wie materiell zu unterstützen. Sie investieren ihre Zeit, bauen eigene Expertise auf und sind mit Herzblut bei der Sache. Das gilt jedoch häufig auch für Projektgegner. Vermittler und Moderatoren (sogenannte intermediäre Akteure) können helfen, zwischen verhärteten Konflikten einen Ausgleich zu finden.



Argumente Überschneidungen und Gemeinsamkeiten zwischen den verschiedenen Positionen sowie Bezüge zu Gemeinwohlzielen sind zu ermitteln und können Orientierungen für Lösungen bieten. Um möglichst unterschiedliche Zielgruppen erreichen zu können, sollten an die jeweiligen Akteure jeweils angepasste Argumentationen entwickelt werden. Wichtig sind dabei auch eine gezielte Kommunikationsstrategie und das bewusste Schaffen von Kommunikationsarenen. Das betrifft sowohl die Herstellung von Öffentlichkeit, um die schweigende Mehrheit zu erreichen, als auch die Schaffung eines geschützten Raums, um das Gespräch mit Projektgegnern zu ermöglichen.



Neue Organisationsformen können einen Rahmen bieten, um Bemühungen für lokale Energiewenden zu unterstützen und zu verstetigen. Eine faire Verteilung der Erträge und Lasten der Energieversorgung ist dabei eine zentrale Voraussetzung für die Lösung von Konflikten. Sie entstehen jedoch nicht als Selbstläufer, sondern dadurch, dass entsprechende Gelegenheiten und Nischen erkannt und genutzt werden. Hierfür braucht es eine Reihe materieller und immaterieller Ressourcen, z.B. eines großen Einsatzes von Ehrenamtlichen, Unterstützung der Verwaltung auf verschiedenen Ebenen und in vielen Fällen auch rechtliche und betriebswirtschaftliche Expertise.



Lösungen sollten immer auch eine Anpassung an mögliche Veränderungen zulassen und die Situation aller Konfliktparteien nach dem Konflikt mitdenken. Manchmal kann es ebenso helfen, von einem geplanten Vorhaben Abstand zu nehmen, wenn keine breite Mehrheit dafür erkennbar ist. Ziel sollte es sein, mit Konflikten einen produktiven Umgang zu entwickeln. Konflikten sollte daher nicht aus dem Weg gegangen werden, sondern sie sind als eine Chance zu begreifen, Neues entstehen zu lassen.

Bildnachweise

Titel: o.: © Coloures-pic/fotolia.de; u.: © FHgitarre/flickr.com;
S. 3, S. 12 o., S. 20, S. 35, S. 39: © Sabeth Stickforth/ZAB-Archiv;
S. 7: © Harald Hirsch;
S. 8: © Oliver Boehmer/fotolia.de;
S. 9: li.: © ZAB-Archiv, Mitte: © Stephen Meese/istockphoto.com,
re.: © Joerg Lantelme/fotolia.de;
S. 10: © IRS; S. 11: © ZAB-Archiv;
S. 12 u.: © Harald Hirsch;
S. 14: o. li.: © unser-netz-hamburg.de,
Mitte: © Roswitha Pick/flickr.com, u. li.: © Thüringen AG;
S. 14 u. S. 15 Mitte großes Bild: © Victor Lauer/shutterstock.com;
S. 15 o.: © Zonk43/commons.wikimedia.org,
Mitte: © Thomas Kohler/flickr.com,
u.: © I. Berger/commons.wikimedia.org;
S. 16 o.: © ZAB-Archiv, u.: © Frank Liebke;
S. 17: © Jan Zwilling, IRS;
S. 19: © Eyematrix/thinkstockphotos.de;
S. 23: © Zonk43/commons.wikimedia.org;
S. 24 o.: © Daniel Schoenen, u.: © ZAB-Archiv;
S. 25: © Reinhard Christiansen, Geschäftsführer
von mehreren Bürgerwindparks;
S. 26: © Coloures-pic/fotolia.de;
S. 28 u.: © Thüringer Energie/commons.wikimedia.org;
S. 31 li.: © ag visuell/fotolia.de, re.: © Rawpixel/fotolia.de;
S. 33: © Thaut Images/fotolia.de;
S. 36: © rcfotostock/fotolia.de;
S. 40: © Rawpixel.com/fotolia.de;
Icons: S. 35, S. 41: © www.freepik.com; S. 8, S. 9;
S. 16: © Leremy/shutterstock.com;
privat: S. 11 o., S. 21, S. 29, S. 37

Impressum

Autoren: Sören Becker und Matthias Naumann

Gestaltung: Henrika Prochnow

Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung (IRS)
Flakenstraße 29-31 | 15537 Erkner

Herausgeber: Projektverbund „EnerLOG“ (Leibniz-Institut für
Raumbezogene Sozialforschung, ZukunftsAgentur Brandenburg,
Europasekretariat Local Governments for Sustainability)

ISBN: 978-3-934669-11-6

www.zab-energie.de/de/Projekt-EnerLOG

